Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

Frauen Union!

CDU

Sonderausgabe 36. Bundesdelegiertentag 2025

Gut vorbereitet – gemeinsam stark

Auf das, was kommt!

JUBILÄUM
75
JAHRE
Unser Geschenk an Sie
7,5 kWp
PV-Anlage

GESUND & FAMILIEN-FREUNDLICH.

Die Firma SchwörerHaus unterstützt den 36. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU.
Die Werte Familie, Chancengleichheit, die Sorge für eine intakte Umwelt und die nachfolgenden Generationen sind unsere gemeinsamen Anliegen.

Deshalb stehen bei uns eine nachhaltige Bauweise, Holz aus heimischen Wäldern und Wohngesundheit ganz oben auf der Agenda.

Als Beitrag für mehr Klimaschutz überreichen wir allen Teilnehmerinnen des Bundesdelegiertentages einen Tannen-Setzling. Durch das Pflanzen können wir gemeinsam einen Beitrag für eine bessere Zukunft leisten.

FOCUS MONEY
FAIRSTER FERTIGHAUS-ANBIETER
zum 12. Mal in Folge
SCHWÖRERHAUS
10 weitere Anbieter erhielten die Note Sehr Gut
Im Test: 34 Fertighaus-Anbieter in Deutschland
Ausgabe 38/2024

WELT
Club der Besten
im geprüften Management
Platzer
SchwörerHaus
www.club-der-besten.org
ServiceValue GmbH 01/2025

CrefoZert®
Creditreform Bonitätszertifikat
2024
Gültig bis: 11/2025
AUSGEZEICHNETE BONITÄT
Schwörer Haus KG
Hohenstein

Schwörer Haus®
Hier bin ich daheim

www.schwoererhaus.de

Foto: Laurence Chaperon

Liebe Delegierte,
liebe Freundinnen,
verehrte Gäste,

seit knapp drei Wochen ist die neue unionsgeführte Bundesregierung mit Bundeskanzler Friedrich Merz an der Spitze im Amt. Jetzt kommt der notwendige Politikwechsel. Die Union ist bereit zur Verantwortung.

Die Frauen Union der CDU hat an den inhaltlichen Weichenstellungen beim vierten CDU-Grundsatzprogramm sowie beim Wahlprogramm aktiv mitgearbeitet. Von Flensburg bis an den Bodensee haben wir im Bundestagswahlkampf dafür gekämpft.

Im Bundeskabinett stellt die CDU drei Ministerinnen und vier Minister! Mit Karin Prien als Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Katherina Reiche, als Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, und der Bundesministerin für Gesundheit Nina Warken hat die CDU starke Frauen im Kabinett. Erfahrene Parlamentarierinnen wie Dr. Christiane Schenderlein als Staatsministerin im Bundeskanzleramt für Sport und Ehrenamt und Serap Güler als Staatsministerin im Auswärtigen Amt sowie Gitta Connemann als Parlamentarische Staatssekretärin und Mittelstandsbeauftragte im Bundeswirtschaftsministerium, Silvia Breher als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Mareike Lotte Wulf übernehmen weitere zentrale Funktionen.

Die neue Frauenpower in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat 48 Abgeordnete. Das ist ein Frauenanteil von 23,08 Prozent. Damit sind wir deutlich unter unseren Möglichkeiten geblieben. Aus Frauenperspektive ist das neue Ampel-Wahlrecht für uns besonders bitter. Es bremst erfolgreiche Unions-Direktkandidatinnen aus und verhinderte, dass sechs direkt gewählte Kandidatinnen der CDU/CSU in den Bundestag einziehen konnten. Das ist genau ein Drittel der Mandate, die der Union nicht zugeteilt wurden. Von unserem Ziel Parität sind wir so noch weit entfernt. Das muss sich ändern! Das ist eine der Aufgaben, die die neue schwarz-rote Koalition aus Verantwortung angehen muss.

Nach Jahren rot-grüner Ideologie im Familienministerium wird die neue Bundesministerin Karin Prien die Gesellschaftspolitik wieder in die Mitte zurückholen und Frauen- und Familienpolitik umfassend und ganzheitlich angehen. Viele Themen von der frühkindlichen Bildung bis zur Reform des Elterngeldes wurden in den vergangenen Jahren nicht im nötigen Maße vorangetrieben. Schön, dass sie bei unserem Bundesdelegiertentag dabei ist.

„Einfach mal machen“, so hat CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann in den letzten zwei Jahren mit großer Leidenschaft die Parteireform und den Politikwechsel vorangetrieben. Er wird uns aus erster Hand darüber informieren, was jetzt kommt.

Naturkatastrophen wie die Flutkatastrophe im Ahrtal oder der brutale Angriff Russlands auf die Ukraine erfordern ein Umdenken im Bevölkerungsschutz in Deutschland und Europa. Nach der Devise „In einer Katastrophe darf es nicht katastrophal laufen.“ brauchen wir eine breite Akzeptanz und Verständnis der Lage bei den Menschen. Bevölkerungsschutz und zivile Verteidigung sind der Themenschwerpunkt unseres Bundesdelegiertentages.

Thematische Einblicke finden Sie in dieser Sonderausgabe. Lena Düpont MdEP schildert die Anforderungen an ‚Preparedness‘ im Sinne der zivilen Sicherheit und Verteidigung. Die europäischen

Auf den Punkt gebracht 3

Politikwechsel
Liebe Parteifreundinnen! 5

Einblicke 2023–2025
Viel erreicht! 8

Zehn Jahre FU-Vorsitzende
Das Bohren dicker Bretter 10

Frau & Buch
Simon Häggström 12

Impressum 12

Schwerpunkt Bevölkerungsschutz
Maßnahmen überfällig 13
Auf die Bevölkerung kommt es an 15
Zeitenwende zivile Verteidigung 17
Schlüsselerlebnis Ahrflut 18

Nachbarn schauen zum Teil mit Unverständnis auf das Nichthandeln in Deutschland. Die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes Gerda Hasselfeldt fordert konkrete Maßnahmen, damit Worten nun tatsächlich Taten folgen. Die Regierungspräsidentin von Karlsruhe Sylvia Felder und die Landrätin von Bad Kreuznach Bettina Dickes geben uns einen Einblick in die Aufgaben der oberen und unteren Katastrophenbehörde. Beeindruckt hat mich die praktische Umsetzung von Bettina Dickes. Als Einsatzleiterin im Katastrophenfall hat sie sich auch zur Feuerwehrfrau ausbilden lassen. Bevölkerungsschutz braucht das Engagement jedes Einzelnen und funktioniert nur, wenn alle Verantwortung übernehmen.

Wir werden uns auch als Vereinigung ausrichten, auf das, was kommt: Mit starken Positionen und Personen im neuen Vorstandsteam. Nach zehn Jahren im Vorsitz werde ich mich bei den anstehenden Wahlen nicht mehr um das Amt der Vorsitzenden der Frauen Union der CDU Deutschlands bewerben. An dieser Stelle sage ich Danke für die beeindruckende Unterstützung bei politischen Kampagnen und die vielen bereichernden Begegnungen im ganzen Land. Nach knapp 27 Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag verabschiede ich mich aus der Berufspolitik. Für mich ist es eine runde Sache. Jetzt beginnt eine neue Ära mit einer neuen Bundesregierung und Bundeskanzler Friedrich Merz. Und damit ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt in der Frauen Union, denjenigen die Gestaltungsmacht zu übertragen, die diese Ära prägen werden.

Annette Widmann-Mauz
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Titelfoto: stock.adobe.com – sunny (KI)

Foto: Tobias Koch

Koalition der Mitte: Die Bundesregierung von Friedrich Merz hat ihre Arbeit für Deutschland aufgenommen.

Liebe Parteifreundinnen!

„Bildlich gesprochen gleicht der Umbau einer in Wandlung befindlichen Gesellschaft eher einem Radwechsel bei fahrendem Zug als einem Hausbau auf neuem Fundament“ – so schreibt es der Soziologe Karl Mannheim. Für die unvollendete Aufgabe der gelebten Gleichberechtigung gilt das Gleiche. Doch Fortschritt und Wandel kann gelingen. Niemand weiß davon besser zu erzählen als Sie in der Frauen Union. Seit bald acht Jahrzehnten gehen Sie in dieser Aufgabe der CDU und der Bundesrepublik voran: mit Augenmaß, Geschicklichkeit, Entschlossenheit und bisweilen Fingerspitzengefühl, oft gegen Widerstände.

Diese Arbeit ist so wichtig wie je. Wir stehen vor der Herausforderung, unsere freiheitliche Gesellschaft neu zu verteidigen, die in der Errungenschaft der gelebten Gleichberechtigung eine zentrale Säule hat. Der Freiheitsgrad einer modernen Gesellschaft bemisst sich an der Freiheit, die Frauen in ihr haben. Sie zu verteidigen und zu fördern ist keine Frage von links oder rechts, sondern eine Kernaufgabe bürgerlicher Politik aus der Mitte. In Gesellschaften, die zunehmend gespalten sind, die auseinanderdriften, droht der gesellschaftliche Fortschritt zu entgleisen. Daher dürfen wir es nicht zulassen, dass unsere Politik und unser Land zunehmend von denjenigen vereinnahmt wird, die genau dies wollen. Wir müssen den Beweis antreten, dass die Politik die Herausforderungen unserer Zeit lösen und unser Land zusammenführen kann.

Vor wenigen Tagen hat eine Koalition der Mitte unter Führung der Union ihre Arbeit für Deutschland aufgenommen. Ihr vorangegangen ist ein Wahlsieg der Union bei der Bundestagswahl am 23. Februar, auf den wir als CDU und CSU gemeinsam stolz sein können: Nach nur dreieinhalb Jahren in der Opposition haben uns die Bürgerinnen und Bürger die Regierungsverantwortung übertragen. Ohne die unermüdliche Erneuerungsarbeit der CDU seit 2021 wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Die Frauen Union trägt Anteil an dieser Erneuerung und an dem gemeinsamen Wahlsieg. Insbesondere Annette Widmann-Mauz möchte ich stellvertretend für alle Mitglieder der Frauen Union im Bundesvorstand der CDU Deutschlands für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken. Ebenso gilt mein besonderer Dank auch allen aktiven Mitgliedern der Frauen Union, die sich im Wahlkampf eingesetzt und für unsere Ideen für Deutschland geworben haben.

Als Union machen wir uns an die Arbeit in dem Wissen, wie viel heute auf dem Spiel steht. Es ist unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland auch in Zukunft ein freies, sicheres,

Foto: Tobias Koch

gerechtes und wohlhabendes Land bleibt. Frauen wie Männern, Jung und Alt, soll es Freude machen, hier zu leben und zu arbeiten. Sie sollen sich sicher fühlen und Grund haben, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir eine gute Grundlage für eine Regierung, die verlässlich und beherzt die Reformen und Investitionen ins Werk setzt, mit denen wir Deutschland wieder nach vorne bringen können. Wir haben eine gute Grundlage auch dafür, das Leben der Frauen in unserem Land besser zu machen: Die unionsgeführte Bundesregierung wird dafür sorgen, dass Frauen besser vor Gewalt geschützt sind – unter anderem indem wir die elektronische Fußfessel für Gewalttäter einführen. Wir sagen dem verbrecherischen Menschenhandel den Kampf an, für den Deutschland zu einer Drehschreibe innerhalb Europas geworden ist. Wir werden das Elterngeld verändern und flexibilisieren, sodass Frauen und Männer die Kinderbetreuung besser aufteilen können. Wir ermöglichen den Mutterschutz für Selbständige. Wir werden Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen und Alleinerziehende entlasten. Wir sanktionieren säumige Unterhaltszahler stärker. Wir werden gezielt die Forschung zu Frauengesundheit fördern, die zu lange vernachlässigt worden ist. Und wir werden Gründerinnen gezielt unterstützen. Denn nur so werden wir die deutsche Wirtschaft wieder zu Wachstum und Innovationskraft führen.

Und auch für uns als Partei hört die Arbeit mit der Rückkehr in Regierungsverantwortung nicht auf. In dieser Zeit der großen Umbrüche braucht die neue Bundesregierung Impulse aus der Partei. Die Frauen Union geht auch in dieser Hinsicht bereits voran. Vor uns liegt die große Aufgabe, die Gestaltungskraft und Widerstandsfähigkeit der deutschen Gesellschaft zu stärken – nur dann können wir gemeinsam die Chancen der Zukunft ergreifen. Der Leitantrag des 36. Bundesdelegiertentages zum Zivil- und Katastrophenschutz setzt hier wichtige Impulse.

Eine fortgesetzte Aufgabe für uns als Partei bleibt es auch, auf allen Ebenen der Parteiarbeit – auf Bundesebene, Landesebene und auf kommunaler Ebene – Frauen als Mitglieder, aber insbesondere auch als Mandats- und Funktionsträgerinnen zu gewinnen. Unsere stellvertretende Generalsekretärin Christina Stumpp ist hier unermüdlich im Einsatz.

Im neugewählten Deutschen Bundestag ist der Frauenanteil geringer als in der vorangegangenen Legislatur. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt er bei nur 23 Prozent. Das kann uns nicht

Foto: Tobias Koch

Friedrich Merz ist der zehnte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

zufriedenstellen. Das darf uns nicht zufriedenstellen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders schmerzhaft, dass sechs Wahlkreissiegerinnen als Konsequenz des neuen Wahlrechts nicht in den Bundestag einziehen konnten. Im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der SPD darauf verständigt, die Wahlrechtsreform der gescheiterten Ampel-Regierung zu überarbeiten, denn so wie es ist, kann es nicht bleiben. Denn die Gruppe der Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Führung von Mechthild Heil muss eine starke Kraft innerhalb unseres Parlaments bleiben.

Wir wissen aus Erfahrung, dass es Frauen braucht, die vorangehen, die unser Land mitgestalten und Vorbild für viele andere in unserem Land sind. Daher freut es mich, dass wir mit Julia Klöckner als Präsidentin des Deutschen Bundestags eine starke Stimme für unser Parlament haben. In unserem Bundeskabinett haben wir mit Katherina Reiche, Karin Prien, Nina Warken, Dr. Christiane Schenderlein und Serap Güler starke Ministerinnen und Staatsministerinnen.

Für die Frauen Union wird dieser 36. Bundesdelegiertentag eine Zäsur. Nach zehn Jahren wird Annette Widmann-Mauz nicht erneut für den Vorsitz kandidieren. Damit verliert die Frauen Union eine Kämpferin, eine starke Stimme für die Anliegen von Frauen, die weit über die Parteigrenzen hinaus gehört wurde. Unser aller Dank – auch meiner ganz persönlich – gilt Annette Widmann-Mauz daher für ihre jahrzehntelange, unermüdliche Arbeit für die Frauen Union und unsere Partei. Meilensteine der Regierungsarbeit der CDU in den vergangenen Jahren sind von der Frauen Union unter ihrem Vorsitz mit erkämpft worden.

Nach einer Dekade an der Spitze der Frauen Union, in der sie viele neue Impulse gesetzt hat, wählen Sie heute eine Nachfolgerin für Annette Widmann-Mauz und einen neuen Bundesvorstand. Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit! Allen Delegierten und Gästen wünsche ich eine erfolgreiche Tagung, neue Impulse und interessante Gespräche.

Herzliche Grüße

Ihr
Friedrich Merz MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Vorsitzender der CDU Deutschlands

Viel erreicht!

„FU im Gespräch“ greift hochaktuelle Themen auf

Foto: Tobias Koch

Herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl

Kreisvorsitzenden-Konferenz 2024

Foto: Tobias Koch

Foto: Tobias Koch

CDU-Parteitag verabschiedet Grundsatzprogramm mit Verankerung des Sexkaufverbots

Vollversammlung der Europa-Sektion der Frauen Union

Tour d'Union durch Thüringen, Sachsen und Brandenburg

Foto: Paul Schneider

Im Wahlkampf für den Politikwechsel für Deutschland

Foto: Nikola Kuzmanić

Annette Widmann-Mauz – Eine Ära der Erneuerung und des Engagements

Das Bohren dicker Bretter

In seiner berühmten Rede im Januar 1919 formulierte Max Weber als Grundsatz aller verantwortlichen Politik das „starke langsame Bohren von harten Brettern“. Er betonte die Mühsal politischer Gestaltungsprozesse, das Zähe, das Ausdauer Erfordernde eines Einsatzes für das Gemeinwohl. Dass sich Beharrlichkeit aber lohnt, Anstrengungen nicht vergebens sind, das gehört zur optimistischen Grundnote in Webers Denken.

Die einzigen Voraussetzungen für ein gutes Ende politischen Handelns seien, dass Entscheidungsträger bereit sein müssten, die Dinge realistisch zu betrachten, Fehlentwicklungen zu antizipieren und zu korrigieren – und dass sie zu jeder Zeit über drei Eigenschaften verfügten: Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß – und bereit sind, auch gegen Widerstände weiter zu bohren.

Wohl kaum jemand hat dieses Ideal so eindrucksvoll verkörpert wie Annette Widmann-Mauz. Mit einem Augenzwinkern überreichte ich ihr deswegen zur Wiederwahl als Bundesvorsitzende der Frauen Union für die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einmal eine Bohrmaschine: ein symbolisches Geschenk für eine Politikerin, die dicke Bretter nie gescheut, sondern sie mutig und mit Ausdauer bearbeitet hat.

Es gibt politische Weggefährtinnen, deren Wirken weit über die Grenzen eines Amtes hinausstrahlt. Annette Widmann-Mauz ist zweifellos eine solche Persönlichkeit.

Als langjährige Wegbegleiterin und stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union durfte ich Annette Widmann-Mauz in vielen entscheidenden Momenten erleben – als gläubige Katholikin, leidenschaftliche Kämpferin für die Rechte der Frauen, kluge Strategin und verlässliche Kollegin, deren Vertrauen und Loyalität stets tragende Säulen unserer Zusammenarbeit waren. Sie hat gestritten, überzeugt, zugehört – und andere, was nicht selbstverständlich ist, wohlwollend neben sich wachsen lassen. Optimismus, so zitierte sie Karl Popper, sei Pflicht – und tatsächlich hat sie auch in schwierigen Phasen nie den Glauben an Veränderung verloren.

Als Vorsitzende der Frauen Union war sie nicht nur Taktikerin, sondern auch Mentorin – eine, die Türen geöffnet und andere durchgeschoben hat. Ihre Mahnung von 2004, dass „Gleichberechtigung gelebte Selbstverständlichkeit sein muss“, ist heute aktueller denn je. Denn nach der Bundestagswahl 2025 beträgt der Frauenanteil im Parlament nur noch 32,4 Prozent. Der Anteil von davor 35 Prozent ist wieder gesunken. International steht Putin für ein hypermaskulines Unter-

Foto: Tobias Koch

drückungsregime, Trump umgibt sich mit Influencern, die Frauen in vulgärer Sprache herabwürdigen – und in Deutschland feiert die AfD das offen als Vorbild. Diese ideologische Verrohung bedroht uns Frauen!

Annette Widmann-Mauz verstand schon ganz früh Frauenpolitik nicht als Sonderthema, sondern als essenziellen Bestandteil verantwortungsvoller Politikgestaltung. Für uns beide war und ist klar: Frauen müssen in allen Politikbereichen sichtbar und wirksam sein – in der Verteidigungs-, Außen-, Finanz- oder Wirtschaftspolitik ebenso wie bei Themen, die Vereinbarkeit, Repräsentanz und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen betreffen. Gerade dort, wo noch immer strukturelle Hürden bestehen, braucht es Beharrlichkeit und politische Gestaltungskraft.

Zusammen setzten wir uns viele Jahre für eine konsequente Modernisierung familienpolitischer Konzepte ein, unterstützten Initiativen zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung und traten entschieden für eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus ein. Annette Widmann-Mauz hatte maßgeblich Anteil daran, dass die CDU nach langen teilweise sehr unschön geführten Debatten eine verbindliche Frauenquote einführte, sie engagierte sich erfolgreich für die Verschärfung des Sexualstrafrechts nach dem Grundsatz „Nein heißt Nein“, initiierte frühzeitig die Debatte über ein Sexkaufverbot, welche 2020 in einem Beschluss der Frauen Union zu einem Paradigmenwechsel in der Prostituiertenschutzpolitik führte. Sie trat in den Debatten um § 219a und § 218 StGB entschlossen für den Schutz ungeborenen Lebens ein, ohne die schwierigen Lebenssituationen betroffener Frauen dabei aus dem Blick zu verlieren. Darüber hinaus beförderte sie den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder und setzte sich konsequent für die Reform steuerlicher Rahmenbedingungen – etwa die Abschaffung der Steuerklasse V – sowie für die Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen ein, die sie als echte Alternative zu einer reinen Mütterrente versteht.

Auch in der aktuellen Auseinandersetzung mit den Feinden unserer Demokratie zeigte Annette Widmann-Mauz klare Haltung: Als eine der wenigen führenden Persönlichkeiten der CDU unterstützte sie frühzeitig das Anliegen eines AfD-Verbotsverfahrens – aus tiefer Sorge um unser Land und dem festen Bewusstsein, dass eine von rechtsradikaler Vergiftung durchsetzte politische Kultur die Grundlagen unseres freiheitlichen Zusammenlebens gefährdet. Ihr persönlicher Bezug ist dabei Eugen Bolz, der ehemalige

württembergische Staatspräsident, der als Parlamentarier der Zentrumspartei klar gegen die Nazis eintrat und sein Leben dafür ließ.

Annette Widmann-Mauz war viele Jahrzehnte in JU und CDU in vielen Ämtern aktiv, hatte dabei vielfach Führungsverantwortung, war 27 Jahre leidenschaftliche Parlamentarierin, Parlamentarische Staatssekretärin und Staatsministerin – stets verband sie dabei politische Weitsicht mit menschlicher Zugewandtheit. 2015 übernahm sie den Bundesvorsitz der Frauen Union und prägte diese Rolle mit einer Klarheit und Zielstrebigkeit, die ihresgleichen sucht. „Sprachrohr für Frauen, Trainingslager für Frauen, aber auch Wellnessoase – bei uns kann man sich wohlfühlen", hat Annette Widmann-Mauz einmal über die FU gesagt. Und hat diese Überzeugung tagtäglich mit Haltung, Herz und Tatkraft Wirklichkeit werden lassen.

Mit ihrem selbstbestimmten Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag und dem Vorsitz der Frauen Union setzt Annette Widmann-Mauz ein Zeichen für Erneuerung und Generationswechsel. Ihr Wirken wird weit über ihre Amtszeit hinaus nachwirken – als Inspiration für Frauen, die sich einmischen, Verantwortung übernehmen und die gute Zukunft unseres Landes aktiv mitgestalten wollen.

Der Staffelstab wird weitergereicht – das feste Fundament, das sie gelegt hat, wird für unsere Volkspartei noch lange gewichtiger Baustein bleiben.

Ihr Appell an die Parteiführung, Frauen und Männer in allen Bereichen gleichberechtigt Verantwortung übernehmen zu lassen, dafür Sorge zu tragen, bleibt dringende Mahnung und Auftrag zugleich. Im Namen vieler Wegbegleiterinnen danke ich Annette Widmann-Mauz für ihren unermüdlichen Einsatz für christdemokratische Politik, für ihre Freundschaft und ihre Stärke. Starke emphatische Frauen braucht das Land!

Yvonne Magwas,
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.

frau & buch

Auf der Seite der Frauen

Der schwedische Kriminalkommissar Simon Häggström, tätig in der Prostitutionseinheit Stockholms, beschreibt in seinem Buch „Auf der Seite der Frauen" die Realität von Frauen im Sexgewerbe und die Strukturen dahinter.

Häggström erzählt die Geschichten der Frauen mit großer Empathie, ohne sie zu romantisieren oder zu entmenschlichen. Er macht sichtbar, dass Prostitution nicht nur individuelle Entscheidungen widerspiegelt, sondern Ausdruck eines strukturellen Systems ist, das maßgeblich von männlicher Dominanz geprägt wird. Dabei beleuchtet er auch die charakterlichen Gemeinsamkeiten von Freiern und Zuhältern und zeigt auf, wie beide Gruppen zur Aufrechterhaltung dieses Systems beitragen. Er stellt sich entschieden gegen die Vorstellung, dass Prostitution eine freiwillige und normale Erwerbsarbeit sei, und fordert ein gesellschaftliches Umdenken, das Frauen vor Ausbeutung schützt.

Das Buch ist nicht nur eine Sammlung erschütternder Einzelschicksale, sondern auch ein klarer Appell für das „Nordische Modell", das den Kauf von Sex verbietet, aber die Frauen in der Prostitution nicht kriminalisiert. Häggström argumentiert, dass echte Gleichberechtigung nur möglich ist, wenn Frauen nicht als Ware behandelt werden. Ein aufrüttelndes und wichtiges Buch, das nachhallt und zum Handeln bewegt.

Simon Häggström: „Auf der Seite der Frauen – Als Ermittler im schwedischen Rotlichtmilieu"
Edition Wortschatz, Auflage 2025,
Taschenbuch 420 Seiten, 20 Euro

Impressum
Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle
der Frauen Union der CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin
Telefon 030 22070452 · fu@cdu.de · frauenunion.de
Bundesgeschäftsführerin: Claudia Hassenbach
Redaktionsleitung: Silke Adam
Layout, Satz & Druck: Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach

Maßnahmen überfällig

Foto: Philipp Köhler

Beim Bevölkerungsschutz sind sich seit Jahren praktisch alle einig: Es muss sich etwas ändern, und zwar schnell. Deutschland ist in diesem Bereich nicht gut genug aufgestellt.

Seit Langem vernehmen wir beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) gut klingende Aussagen, in der Praxis haben wir davon dagegen wenig bemerkt. Insofern ist es erfreulich, dass Union und SPD einen Pakt für den Bevölkerungsschutz in ihrem Koalitionsvertrag verankern. Wichtig ist es dabei, dass den Worten nun tatsächlich Taten folgen.

Für das DRK ist der Bevölkerungsschutz eines der zentralen Aufgabenfelder: Das DRK ist der Auxiliar der deutschen Behörden im humanitären Bereich und steht dem Bund und den Ländern flächendeckend in komplexen Lagen zur Seite. Das DRK ist im deutschen Bevölkerungsschutzsystem mit über 450000 aktiven Ehrenamtlichen und rund 200000 Hauptamtlichen einer der größten Akteure. Dabei integrieren wir sämtliche Ressourcen im Bevölkerungsschutzsystem, um die Gesellschaft darin zu unterstützen, Resilienz gegen Krisenlagen aufzubauen.

Hier macht sich zum Beispiel bezahlt, wenn das DRK als anerkannte Hilfsorganisation in der alltäglichen Gefahrenabwehr im Bereich Rettungsdienst zum Einsatz kommt. In besonderen Schadenslagen, Katastrophen und Fällen des Zivilschutzes kann dieser dann als Teil der Gefahrenabwehr an einem funktionierenden und resilienten System von Gesundheitssystem, Bevölkerungsschutz und ziviler Verteidigung mitwirken.

Um auch in Zukunft handlungsfähig zu sein, investieren wir bewusst vorausschauend und versuchen, nachhaltige Strukturen aufzubauen. So entsteht – aus eigenen Mitteln finanziert – derzeit in Luckenwalde (Brandenburg) eines der größten und modernsten Logistikzentren für humanitäre Hilfe und Bevölkerungsschutz in Deutschland. Eine solche vorausschauende Einstellung fehlt dahingegen bisher an vielen Stellen in der Politik, nicht zuletzt auf Bundesebene. Dabei ist klar: In plötzlich auftretenden Krisenereignissen lassen sich Maßnahmen nicht einfach ad hoc nachholen, sondern sie bedürfen einer Vorbereitungs- und Umsetzungszeit. In der Regel können mit einer tragfähigen Vorausschau auch größere Schäden und höhere Kosten vermieden werden.

Oftmals scheitern Maßnahmen an der viel zu geringen finanziellen Unterlegung für alle Akteure. Das DRK dringt seit vielen Jahren darauf, dass 0,5 Prozent des Bundeshaushalts in den Bevölkerungsschutz fließen, also rund 2,4 Milliarden Euro als angemessene Beteiligung des Bundes an diesem Thema. In den vergangenen Jahren lag diese Summe im Haushalt bei gut 0,6 Milliarden Euro und damit bei einem Bruchteil der eigentlich notwendigen Summe.

Es ist nun wichtig, dass diese Summe deutlich erhöht wird. Dafür wurden durch den letzten Beschluss des früheren Bundestags die Möglichkeiten nochmals erleichtert. Diese müssen nun genutzt werden, um unter anderem die bis 2027 zehn geplanten Mobilen Betreuungsmodule 5000 (MBM 5000) anzuschaffen. Mit diesen Modulen könnten in Krisensituationen jeweils bis zu 5.000 Personen vor Ort autark untergebracht, betreut und versorgt werden. Anfi-

Foto: Matthias Balk/BRK

nanziert sind gerade einmal zwei dieser Module. Aber auch dann, wenn es um weniger finanzintensive Maßnahmen geht, hakt es. Dabei geht es an dieser Stelle oft um die notwendige Resilienz in der Bevölkerung, die deutlich erhöht werden muss. Ein Beispiel ist die Ausbildung von Pflegeunterstützungskräften, welche in einer Ausnahmesituation beispielsweise in Notunterkünften unterstützen könnten. Die erforderlichen Ausbildungsmaßnahmen wären schon mit einem geringen zweistelligen Millionenbetrag möglich. Doch im Bundeshaushalt sind bisher keine Mittel für diese effiziente Ausbildung eingestellt.

Für Erste-Hilfe-Kurse mit Selbstschutzinhalten für verschiedene Zielgruppen stehen immerhin überhaupt Mittel zur Verfügung, aber bei Weitem nicht genügend. Um die Fähigkeiten zur Selbsthilfe in der Bevölkerung in dem Maße aufzubauen, wie diese im Krisenfall benötigt würden, müsste jeder zehnte Haushalt bzw. vier Millionen Menschen geschult werden. Damit wir immerhin in fünf Jahren auf diesem Stand sind, müssten jedes Jahr 800 000 Personen ausgebildet werden. Doch auch hier klafft derzeit eine große Lücke zwischen dem Notwendigem und der Realität. Für dieses Jahr sind bisher im Haushalt Mittel für die Ausbildung durch das DRK von gerade einmal 15 331 Personen eingestellt. Bis zum Beschluss des Haushaltsgesetzes kann das DRK sogar nur mit Kursen für 12 014 Personen zuverlässig rechnen.

Ein weiterer Ansatzpunkt bei der Stärkung des Bevölkerungsschutzes muss eine bessere Anerkennung des Ehrenamts sein. Mit 90 Prozent leisten ehrenamtlich Helfende schließlich einen Großteil der Arbeit bei Einsätzen, Ausbildungen etc. und bilden damit das Rückgrat in diesem Bereich. Es ist in dem Zusammenhang zum Beispiel ein großes Versäumnis, dass wir nach wie vor keine bundesweite rechtliche Gleichstellung von Helfenden im Vergleich aller anerkannten Hilfsorganisationen mit THW und Feuerwehren bezüglich Arbeitsfreistellung und Lohnfortzahlung bei Einsätzen, Weiterbildung und Übungen haben. Überfällig ist hier eine bundesweit einheitliche Regelung. Auch wenn der Koalitionsvertrag von Union und SPD dazu leider kein Wort beinhaltet, bauen wir darauf, dass die neue Bundesregierung den Wert des Ehrenamts in Form der Gleichstellung anerkennt und entsprechende Maßnahmen ergreift.

Die aufgeführten und vielfältigen Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Lage zeigen, dass es tatsächlich einen Pakt für den Bevölkerungsschutz braucht. Deutschland benötigt bei dem Thema präventiveres Handeln, es ist nötig, ausreichende Reserven unter anderem bei Krankenhäusern und Rettungsdienst vorzuhalten, die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu stärken und ein modernes sektorübergreifendes Krisenmanagement zu implementieren. Wenn der angekündigte Pakt für den Bevölkerungsschutz den Weg dahin ebnet, dann sind den Worten auch Taten gefolgt.

Gerda Hasselfeldt, DRK-Präsidentin

Foto: Martin Lahousse

All' unser Handeln und noch vielmehr unser Nicht-Handeln hat Auswirkungen auf unsere Nachbarn.

Auf die Bevölkerung kommt es an

Die Wahrnehmung eines Risikos bestimmt das daraus abzuleitende Handeln – eine einfache Feststellung, für sich genommen ein no brainer. In der Bestimmtheit für eine Gesellschaft, erst recht für eine europäische Gemeinschaft, ist die Herstellung einer gemeinsamen Risiko- und Bedrohungswahrnehmung allerdings ein nicht zu unterschätzender Auftrag; es ist nicht weniger als unser „test of time". Das Nach- und Nebeneinander von existenziellen Krisen hat den Fokus vollkommen zurecht (wieder) auf gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit geschoben – und wir können mit Blick auf die Resilienz der europäischen Nachbarn einiges für unsere Debatten mitnehmen.

Startpunkt ist dabei stets: Angst ist ein Indikator, aber kein guter Ratgeber. Er macht deutlich, was uns wichtig ist und gibt an, was wir bereit sind, zu verteidigen. Lassen wir zu, dass Angst unser Handeln bestimmt, individuell und politisch, haben wir die besten Karten bereits aus der Hand gegeben. Vielmehr kommt es darauf an, unsere „preparedness" hochzufahren.

Preparedness im Sinne der zivilen Sicherheit und Verteidigung: wer schon immer einmal damit geliebäugelt hat, sich in einer Hilfsorganisation zu engagieren, sollte das jetzt tun. Für diejenigen, die bereits engagiert sind, braucht es finanziell und strukturell die besten Rahmenbedingungen – von ihrem Wissen und ihrer Handlungssicherheit hängt eine gesamte Gesellschaft ab. Mein Wunsch aus europäischer Perspektive: über gemeinsame Übungen alle raus in die Nachbarländer, um deren Strukturen der zivilen Sicherheit, das Führung- und Ausbildungsverständnis, die Sprache und Ausstattung kennenzulernen. RescEU und UCPM sind eine erste Grundlage dafür und müssen dringend weiterentwickelt werden.

Preparedness im Sinne der Aus-, Weiter- und Fortbildung: wer kann heute noch Sirenentöne einwandfrei zuordnen, wessen Erste-Hilfe-Wissen besteht aus mehr als dem Pflichtkurs zum Führerschein? Wissen, was im Ernstfall zu tun ist, wie der Umgang mit Gefahren trainiert werden kann, reduziert aber nicht nur persönliche Unsicherheit, sondern auch gesellschaftliche. Hier lohnt beispielsweise ein Blick in Richtung der drei baltischen Staaten, die das tief in ihrem Sicherheitsverständnis verankert haben.

Preparedness und vielleicht in diesem Fall mehr awareness als Schutz der Demokratie: die wenigsten sind sich bewusst, wie tief langfristig, strategisch angelegte Desinformationsnarrative auch bei uns bereits wirken. Wir sind längst Ziel nicht nur hybrider Attacken über Täuschung, Sabotage oder Zerstörung, sondern eben auch gezielter Desinformation mit dem Ziel der gesellschaftlichen Destabilisierung. Damit sind bewusst nicht einzelne gefälschte Bilder oder Nachrichten gemeint, sondern das umfassende Narrativ des vermeintlichen Versagens staatlicher oder europäischer Institutionen, des „wir gegen die", des „unten gegen oben". Bewusstsein dafür zu schaffen

Foto: stock.adobe.com – David Pereiras

und Instrumente dagegen zu entwickeln ist unter anderem das Ziel des „democracy shields" der Europäischen Union.

Und nicht zuletzt preparedness im Sinne der Wahrnehmung von Verantwortung: Deutschland liegt politisch und geographisch in der Mitte der EU. All' unser Handeln und noch vielmehr unser Nicht-Handeln hat Auswirkungen auf unsere Nachbarn. In Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien verändert die Risikowahrnehmung bereits empfindlich(!) die individuelle Lebensplanung der Menschen- das ist die Brille, mit der sie auf deutsche Debatten schauen. Gerade wir sind es, die die Glaubwürdigkeit der EU und der gegebenen Versprechen aufrechterhalten können – oder eben bei Unterlassen entscheidend schwächen. Die Zeiten, in denen floskelhaft Handlungsfähigkeit simuliert werden konnte, sind vorbei, ein Appell explizit an alle Träger politischer Verantwortung und an die gesamte Gesellschaft. Das Bündnisversprechen der EU baut auf der Souveränität der Mitglieder, der Unverletzbarkeit der Grenzen, auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, dem Einstehen füreinander gerade dann, wenn es stürmt. Artikel 42 Absatz 7 EUV ist ein tiefgehendes Beistandsversprechen, das dezidiert militärische und nicht-militärische Mittel umfasst. In Zeiten von hybriden Attacken bedeutet der besondere (politische) Schutzcharakter eines solchen Versprechens noch mehr als im klar definierten Bündnisfalls- es gilt genau diesen im Zweifelsfall noch durch Abschreckung und gemeinsames Handeln verhindern zu können. „Wird ein Land angegriffen, werden alle Mitgliedstaaten angegriffen" ist allein kein Friedensgarant, aber das stärkste Friedensversprechen, dass wir uns gegenseitig geben können. Das heißt im Umkehrschluss: wir als Gesellschaft müssen ebenso wie alle Akteure der Sicherheitsarchitektur in unserem mindset, in unseren Strukturen, aber auch in unseren zivilen und militärischen Vorbereitungsszenarien Hilfeleistungen im europäischen Ausland in entsprechendem Umfang genauso wie Hilfeleistungen im Inland für EU-Bürger einplanen und durchspielen.

Denn am Ende steht: die Auseinandersetzung zwischen Autokratien und Demokratien findet in Europa und damit mitten unter uns statt. Das zu akzeptieren erfordert Mut und Entschlossenheit – dann aber ergibt sich daraus zwingend die Notwendigkeit der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Resilienz, mithin die Notwendigkeit der zivilen Verteidigungsfähigkeit gleichberechtigt neben der militärischen.

Frei nach Jean Monnet kann und muss man sagen „Europe will be forged in crises, and it will be the sum of (its) solutions ((...))." – und die Bevölkerung spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Lena Düpont MdEP, Koordinatorin der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament für den Innenausschuss, sowie innen- und migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe

Zeitenwende zivile Verteidigung

Foto: stock.adobe.com – Andreas Gruhl

Die höhere Katastrophenschutzbehörde koordiniert überregionale Einsätze, unterstützt die örtlichen Stellen und sorgt dafür, dass im Ernstfall alles reibungslos zusammenläuft.

Wir haben alle die schrecklichen Bilder vor Augen: Unwetter peitschen Wassermassen durch Ortschaften, spülen Häuser und Straßen weg, entfalten eine zerstörerische Kraft. Aber auch Trockenheit, Waldbrände oder Erdbeben sind Ereignisse, die nicht weit weg, sondern auch hier möglich sind. Wir müssen also auf solche Katastrophen vorbereitet sein, um Hab und Gut, Leib und Leben bestmöglich zu schützen.

Die Regierungspräsidien in Baden-Württemberg sind als höhere Katastrophenschutzbehörden für den Schutz bei größeren Unglücksfällen und Katastrophen verantwortlich. Dabei geht es zunächst um Strukturen. Die Feuerwehren vor Ort brauchen Gerätschaften und geschultes Personal. Dabei muss nicht jeder alles vorhalten, aber zusammen braucht es das Notwendige. Die erste Aufgabe ist also, die vorhandenen Geräte zu erfassen, zu ergänzen und auf mehrere Schultern zu verteilen.

Gerade hier in der Nachbarschaft zum Elsass, zur Schweiz und der Pfalz haben wir die Herausforderung, unterschiedliche Sprachen, Strukturen und Organisationen zur Zusammenarbeit zu befähigen und diese enge Kooperation immer wieder zu üben. Im vergangenen Jahr hat Baden-Württemberg sogar eine europaweite Katastrophenschutzübung ausgerichtet. Wir haben festgestellt, wo wir bei einem großen Schadensereignis besser und schneller werden müssen, damit nicht wertvolle Zeit verloren geht, bis Hilfe geleistet werden kann.

Die finanziellen Herausforderungen sind enorm. Daher müssen wir effizient arbeiten. So haben wir zum Beispiel ein Kompetenzzentrum „Technik“ etabliert, um Beschaffungen zu erleichtern und für Standardisierung zu sorgen, und ein Mehrzweckboot für die Feuerwehren im Land typisiert. Jetzt gibt es 26 gleiche Boote, die Kommunen sparen dadurch Geld, das Vergaberecht wird einfacher und alle wissen gleich, wie das Boot zu bedienen ist. Aber auch Sirenen müssen wieder ertüchtigt, Notfalltreffpunkte eingerichtet werden, Szenarien wie Stromausfall müssen in Krisenhandbücher übersetzt und die über 300 Fahrzeuge des Katastrophenschutzes intakt gehalten werden.

Aber auch die Zeitenwende in der zivilen Verteidigung fordert uns konkret heraus. Als Friedensdividende hat der Bund im Jahr 2007 den Bau von Schutzräumen aufgegeben. Aktuell wird ein neues Schutzbaukonzept entwickelt. Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr hat angesichts der sich dramatisch verändernden Sicherheitslage neuen Schub bekommen. Es geht darum, die zivile Verteidigung zu organisieren. Das reicht von der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion bis hin zur Versorgungslage für die Bevölkerung. Gerade die Regierungspräsidien mit ihrer regionalen Bündelungsfunktion haben hier eine herausfordernde Aufgabe.

Sylvia M. Felder, Regierungspräsidentin
im Regierungsbezirk Karlsruhe

Katastrophenschutz ist eine Daueraufgabe!

Schlüsselerlebnis Ahrflut

Ich erinnere mich noch sehr gut an den 14. Juli 2021. Bei uns an der Nahe goss es in Strömen und wie üblich hielt mich meine Stabsstelle Katastrophenschutz über die Pegelstände an Nahe und Glan und den Zuflüssen auf dem Laufenden. Wir kamen glimpflich davon, die Menschen im Ahrtal nicht. Für mich als Landrätin war die Ahrflut ein Schlüsselerlebnis – nicht nur mit Blick auf den Kraftakt, den Menschen vor Ort schnell und koordiniert zu helfen, sondern auch in Bezug auf die politischen Konsequenzen, die sich daraus ergaben.

Der Ruf nach der Übernahme von Verantwortung ist verständlicherweise nach einer Flutkatastrophe dieser Art laut. Der Landrat steht als Einsatzleiter absolut im Fokus. Ich habe nach der Ahrflut für mich Konsequenzen gezogen und mich dazu entschieden, eine Ausbildung zur Feuerwehrfrau zu machen. Meine Intention war, genau zu verstehen, wie die 2500 Feuerwehr-Kameraden in den Wehren im Kreis Bad Kreuznach im Katastrophenfall arbeiten und was für sie wichtig ist. Ich möchte als Landrätin für den Ernstfall geschult sein und wissen, worauf es ankommt. Wir sind im Landkreis Bad Kreuznach in der glücklichen Situation, steigende Mitgliedszahlen bei den Feuerwehren verzeichnen zu können. 500 Kinder und Jugendliche engagieren sich bei den Bambinis.

Unseren Katastrophenschutz haben wir nach der Ahrflut gestärkt und u.a. neue Notstrom-Aggregate, Fahrzeuge, Stromgeneratoren, Nottanks für Einsatzfahrzeuge und Satellitentelefone angeschafft. Erfolgreich setzen wir auf gemeinsame Ausschreibungen mit den Verbandsgemeinden, zum Beispiel bei Drehleiterfahrzeugen, woraus sich ein hohes Sparpotential ergibt. Bis zum Sommer dieses Jahres gehen 200 moderne Hochleistungssirenen im Landkreis an den Start, die mit einer Sprachfunktion die Bevölkerung warnen können – auch diese Umrüstung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Kreuznach und den Verbandsgemeinden. Durch interkommunale Kooperation konnten wir in Rüdesheim ein Dienstleistungszentrum „Feuerwehr und Katastrophenschutz“ errichten, das für die Wehren im ganzen Landkreis wichtige technische Unterstützung leistet.

Weil Katastrophenschutz eine Daueraufgabe ist, aktualisieren wir konsequent unsere Einsatzpläne und erstellen neue für unterschiedliche Szenarien wie zum Beispiel einen flächendeckenden Stromausfall. Die Herausforderung für die Zukunft ist die Etablierung eines landkreisübergreifenden Risiko- und Krisenmanagements, das – wie auf Ebene der Verbandsgemeinde und des Kreises - alle relevanten Akteure koordiniert. Nur so erreichen wir Resilienz und schaffen Bewusstsein für dieses wichtige Thema in der Bevölkerung. Denn Katastrophen machen nicht halt vor den Grenzen von Gebietskörperschaften.

Bettina Dickes, Landrätin Kreis Bad Kreuznach

Prof. Müller wollte Frauengesundheit Gehör verschaffen.

Doch ihre Migräne war lauter.

© 2025 Organon group of companies. All rights reserved. DE-NON-110457

Migräne kann alle treffen, nicht nur diejenigen, die direkt davon betroffen sind. Damit kein gesamtgesellschaftliches Problem daraus wird, ist es Zeit für eine Gesundheitspolitik, die sich einsetzt für Aufklärung, Prävention und eine Versorgung, die Betroffene ernst nimmt.

Weitere Infos:

ORGANON

Organon Healthcare GmbH, Pestalozzistraße 31, 80469 München
Tel.: 0800 3384 726 **Mail:** dpoc.germany@organon.com

Systemrelevant:

Hörakustiker sichern Lebensqualität und soziale Teilhabe

Gutes Hören sichert soziale Teilhabe und Lebensqualität. Wer nicht gut hört, kann schnell nicht mehr mitreden. Für alle, die sich durch Nachrichten- und Sondersendungen, Interviews oder die Ansprache des Bundeskanzlers im Rundfunk über das aktuelle Tagesgeschehen informieren wollen, ist gutes Hören unerlässlich. Wer von diesem Informationsfluss und dem sozialen Austausch darüber ausgeschlossen ist, verliert den Kontakt zu anderen Menschen.

„Nicht sehen trennt von den Dingen, aber nicht hören trennt von den Menschen", sagte einst Immanuel Kant. Hörakustiker sorgen dafür, dass Menschen mit Hörproblemen weiter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und mit anderen in Kontakt bleiben können.

Hörsysteme sind heutzutage kleine, moderne Hightech-Geräte, die Hörprobleme ausgleichen. Sie lassen sich von Hörakustikern nicht nur an den individuellen Hörverlust des Kunden anpassen, sondern auch auf die eigene Lebensweise und Hobbys abstimmen. Die unauffälligen „Alltagshelfer" sind volldigital und haben viele nützliche Funktionen. So gibt es Hörsysteme, die das Geräusch von Wind unterdrücken und herausfiltern, um gutes Hören beim Spaziergang, Wandern oder im Straßenverkehr zu erleichtern. Andere lassen sich digital mit dem Telefon, dem Fernseher oder der Musikanlage verbinden und verbessern so das Hören.

Auf die Chance, wieder gut zu hören, sollte niemand verzichten müssen.

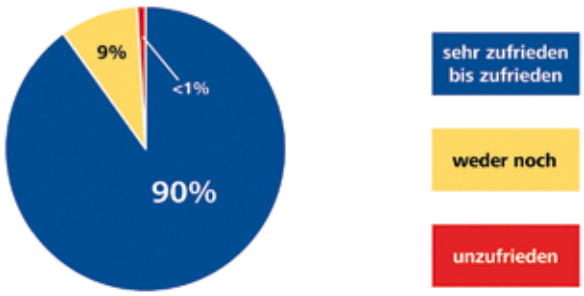
Hörakustiker führen in der Regel kostenlose Hörtests durch und beraten umfangreich zur passenden Hörsystemversorgung. Die Einhaltung hoher Anforderungen an Hygiene und Infektionsschutz ist für Hörakustiker als systemrelevantes Gesundheitshandwerk grundsätzlich selbstverständlich.

Bei Hörproblemen sollte der Gang zum Hörakustiker darum nicht aufgeschoben werden.

bis
BI Hörakustik
Servicegesellschaft mbH

Repräsentative GKV-Befragung* zur Hörsystemversorgung

* GKV: gesetzliche Krankenversicherungen



ca. **90% zufrieden**

Befragte Hörsystemträger sind sehr zufrieden bis zufrieden mit ihrer Versorgung.